

**Antrag der Tübinger Linken zu 035/17**

**Integrationsplanung und rechtliche Rahmenbedingungen**

**Bleiberecht für geflüchtete Auszubildende und Asylbewerber in Arbeit**

1. Der Kreistag Tübingen fordert die Landesregierung und insbesondere Innenminister Strobl auf, keine Geflüchteten, die sich bei uns in Ausbildung befinden oder die eine Arbeit haben, abzuschicken. Der Kreistag begrüßt die Initiative von vielen Ehrenamtlichen und mittelständischen Betrieben in Baden-Württemberg, sich für ein garantiertes Bleiberecht für geflüchtete Azubis einzusetzen.
2. Der Kreistag Tübingen fordert die Landesregierung ebenfalls auf, jegliche Abschiebung von Afghanen zumindest solange einzustellen, bis das Auswärtige Amt in Berlin die Sicherheitslage in diesem Land gemäß der Einschätzung des UNHCR überprüft und widerlegt hat.

## **Begründungen:**

a) Geflüchtete, Ehrenamtliche und Unternehmen brauchen Planungssicherheit für die Integration. Die Abschiebung von Geflüchteten, die sich in Ausbildung befinden, verhindert, dass diese Personen eine positive Motivation für ihre Zukunft und unser Land entwickeln, und schreckt alle diejenigen ab, die sich ebenfalls integrieren wollen. Deshalb haben über 60 mittelständische Betriebe Innenminister Strobl aufgefordert, diese unsinnigen Abschiebungen zu beenden.

b) Die zum Teil willkürlichen und nicht nachvollziehbaren Abschiebungen der letzten Wochen stehen im Widerspruch zu den großen Anstrengungen zur Integration, die der Landkreis Tübingen zum Beispiel zusammen mit der Arbeitsagentur, der Fa. Hägele (Nagold) und anderen Initiativen unternimmt.

c) Selbst wenn die Geflüchteten nach einiger Zeit in ihr Heimatland zurückkehren, können sie mit den bei uns erworbenen Fähigkeiten einen wertvollen Beitrag zum (Wieder-)Aufbau ihres Landes leisten. Dies wäre echte deutsche Entwicklungshilfe für dieses Land und trüge dazu bei, dass der so genannte Islamische Staat in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit nicht mehr junge Männer für seinen Terrorismus rekrutieren kann, wie das Beispiel Tunesien zeigt.

d) Im Dezember 2016 hat die UN in ihrem Lagebericht von einer deutlichen Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan gesprochen. Laut Flüchtlingsrat NRW gab es in Afghanistan von Januar bis September 2016 mit 5.835 verletzten und 2.562 getöteten Zivilisten so viele Opfer wie seit 2009 nicht mehr. Nicht einzelne Regionen, sondern das gesamte Land sei vom Kampf zwischen Regierungstruppen und Taliban betroffen. Anfang Februar 2017 wurden sechs lokale Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ermordet. Bis heute liegt keine Einschätzung des Auswärtigen Amtes in Berlin vor, die die UN-Angaben widerlegen würde.